

**Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV
Vergabenummer 524/2025**

PROJEKTSTEUERUNG

**„Sanierung der Dinter-Oberschule
Borna“**

ANGEBOTSFORMULAR

Angebotsformular

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters

1.1 Name und Anschrift des Bieters

Name	
Rechtsform	
Straße / Hausnummer	
PLZ / Ort	

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist der bevollmächtigte Vertreter einzutragen

Ansprechpartner des Bieters

Name	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

Die Seiten 3 bis 6 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

Angebotsformular

Mitglied 1 der Bietergemeinschaft		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Angebotsformular

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Mitglied 4 der Bietergemeinschaft		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o. ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesellschafter)		

Große Kreisstadt Borna;
Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung „Sanierung der Dinter-Oberschule Borna“

Angebotsformular

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft

Angebotsformular

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

· Für das Unternehmen Nr. 1

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die
Erklärung rechtsverbindlich für das
Unternehmen abgibt/abgeben

· Für das Unternehmen Nr. 2

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die
Erklärung rechtsverbindlich für das
Unternehmen abgibt/abgeben

· Für das Unternehmen Nr. 3

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die
Erklärung rechtsverbindlich für das
Unternehmen abgibt/abgeben

· Für das Unternehmen Nr. 4

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die
Erklärung rechtsverbindlich für das
Unternehmen abgibt/abgeben

Angebotsformular

Eignungsleihe

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 VgV).

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird

Eine Erklärung des/der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist/sind dem Angebot beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 9.

Angebotsformular

Unterauftragnehmer

Diese Seite ist nur im Falle des Hinzuziehens von Unterauftragnehmern auszufüllen:

Ich/wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Angebotsformular

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil B von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Sofern ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe), ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Große Kreisstadt Borna;
Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung „Sanierung der Dinter-Oberschule Borna“

Angebotsformular

**Aktueller Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder
Handelsregister**

Bitte als **Anlage A** beifügen.

Angebotsformular

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bieter) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Angebotsformular

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen
 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

Angebotsformular

2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Angebotsformular

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k¹ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Erläuterung:

Nach der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen seit dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst Personen oder Unternehmen, die unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten oder mittelbar, mit mehr als 10% gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises an dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind.

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers / Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c) durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien nach Buchstaben a) und / oder b) zutreffen.
2. Ich/Wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Personen oder Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Kreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätige(n) und stelle(n) sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Personen oder Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt, eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Kreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

(Wortlaut Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 auf der nächsten

(Ort, Datum, Name des Bieters mit
gesetzlichen Vertreter)

Angebotsformular

¹ Artikel 5k der VO (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Große Kreisstadt Borna;
Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung „Sanierung der Dinter-Oberschule Borna“

Angebotsformular

Eigenerklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 3,0 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag mit dem Auftragnehmer zu schließen.

Dieser Nachweis ist bei Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Bitte als **Anlage B** beifügen.

Angebotsformular

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist (2022, 2023, 2024).

Es gilt folgende Mindestforderung:

Die durchschnittliche Beschäftigungszahl der vergangenen drei Geschäftsjahre muss mindestens 7 Mitarbeiter betragen.

	2022	2023	2024
Mitarbeiterzahl gesamt			
Anzahl Führungskräfte			

Angebotsformular

Referenz über vergleichbare Leistungen

1. Nachweis von Erfahrungen im Bereich Projektsteuerung

Es gilt folgende Mindestanforderung:

Vorlage von drei Referenzprojekten, davon mindestens ein Projekt, das mit Fördermitteln des Bundes oder eines Bundeslandes umgesetzt wurde sowie mindestens ein Projekt aus dem Nutzungsbereich Bildungs-/Betreuungswesen. Die Projekte sollen innerhalb der letzten 5 Jahre umgesetzt worden sein. Die Darstellung laufender Projekte ist möglich, sofern sich diese mind. in Stufe 4 nach AHO befinden. Anzugeben sind darüber hinaus der Auftraggeber einschließlich Kontaktdaten eines Ansprechpartners, der konkrete Leistungserbringungszeitraum bzw. das voraussichtliche Ende der Leistungserbringung, die erbrachten bzw. beauftragten Leistungen und das Honorarvolumen.

Die Erklärung über Referenzleistungen muss folgende Angaben enthalten:

- Angaben zum Auftraggeber
- Umfang der Leistungserbringung
- Angabe zum Nutzungsbereich
- Fördermittel (mindestens ein Projekt)
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Honorarvolumen
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild

Die geforderten Mindestreferenzen sind nur einmal vorzulegen.

Die Anlage C1 ist zu verwenden.

2. Nachweis von Erfahrungen im Fördermittelmanagement

Es gilt folgende Mindestanforderung:

Vorlage von einer Referenz Projektsteuerung zum Nachweis der Erfahrung zum Fördermittelmanagement: Mindestumschreibung umfasst die Angabe zum Zeitpunkt der Antragsstellung sowie dem Zeitpunkt der Vorlage des Verwendungsnachweises.

Das Projekt sollte innerhalb der letzten 5 Jahre umgesetzt worden sein. Die Darstellung laufender Projekte ist nicht möglich. Anzugeben sind darüber hinaus der Auftraggeber einschließlich Kontaktdaten eines Ansprechpartners, der konkrete Leistungserbringungszeitraum bzw. das voraussichtliche Ende der Leistungserbringung, die erbrachten bzw. beauftragten Leistungen und das Honorarvolumen.

Die Anlage C2 ist zu verwenden.

Angebotsformular

Anlage C1 (Kopiervorlage für Referenzen über vergleichbare Leistungen der Projektsteuerung)

Angaben zu Referenzen über vergleichbare Leistungen:

Bezeichnung	
Auftraggeber einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer	
Umfang der Leistungserbringung	
Bildungs-/Betreuungseinrichtung (ja/nein)	
Fördermittel (Benennung Programm)	
Zeitraum der Leistungserbringung, Datum der Fertigstellung	
Honorarvolumen (in % der anrechenbaren Kosten und absolut)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigelegt

*Zur Vorlage mehrerer Referenzen bitte diese Tabelle kopieren und ausgefüllt als weitere
Anlage C beifügen.*

Angebotsformular

Anlage C2

Angaben zu Referenzen im Fördermittelmanagement:

Bezeichnung	
Auftraggeber einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer	
Umfang der Leistungserbringung	
Fördermittel (Benennung Programm), Darlegung Zeitraum Antragsstellung sowie Zeitraum Verwendungsnachweis (Vorlage Förderstelle)	
Zeitraum der Leistungserbringung, Datum der Fertigstellung	
Honorarvolumen (in % der anrechenbaren Kosten und absolut)	
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild	☐ ist beigelegt

*Es ist ausschließlich eine Referenz zum Nachweis von Erfahrungen aus dem
Fördermittelmanagement vorzulegen.*

Angebotsformular

Teil C: Preisliche Angaben (Honorarangebot)

Entsprechend den geforderten Leistungen laut Verfahrensleitfaden inkl. den dort beschriebenen besonderen Leistungen und gemäß AHO, Heft 9 (Ausgabe 2020) bieten wir aufgrund der bisher bekannten Informationen zu Baukostenumfang, geplanter Projektzeit und Vorhabenstand unsere Leistungen (Grund- und Besondere Leistungen) wie folgt an:

Anrechenbare Kosten (in Euro, netto)	6.010.000,00
---	---------------------

Honorarsatz in %	
<i>davon</i>	
Honorarsatz Stufe 1 in % , Umfassend Projektvorbereitung, Planung inkl. besonderer Leistungen	
Honorarsatz Stufe 2 in % , Umfassend Ausführungsvorbereitung, Ausführung, Projektabschluss inkl. besonderer Leistungen	
Vorläufige Honorarsumme Stufe 1 und Stufe 2 gesamt (netto, in Euro)	

Zuschlag gem. § 6d AHO in %	
Zuschlag gem. § 6d AHO (in Euro, netto)	
Zwischensumme (in Euro, netto)	
Zuzüglich Nebenkosten in %	
Nebenkosten (in Euro, netto)	
Zwischensumme (in Euro, netto)	
Umsatzsteuer, 19%	
Gesamtwert der Leistung (in Euro, brutto)	

Angebotsformular

Das Angebot berücksichtigt die Teilnahme, Vorbereitung und Mitwirkung über den vorab genannten Projektzeitraum von voraussichtlich 07/2025 bis 08/2030 an folgenden Terminen:

- JourFix vor Ort mit Stadtverwaltung und Planungs- bzw. Baubeteiligten alle 3 Wochen für die Projektstufen 1 bis 5 während der Planungs- und Bauphase über den Zeitraum von 07/2025 bis 08/2030
- Die im weiteren beschriebenen Grundleistungen aus Punkt 4 des Leitfadens sowie die besonderen Leistungen aus Punkt 4 des Leitfadens, insbesondere die Leistungen zum Fördermittelmanagement.

Angebotsformular

Teil D: Weitere Unterlagen

Dem Angebot sind folgende Unterlagen (vgl. Verfahrensleitfaden) beigelegt:

- Konzept „Schriftliche Darstellung zu Organisation und Ablauf im Auftragsfall und zum Umgang mit dem Steuerungs- und Koordinationsaufwand für die spezielle Projektsteuerungsaufgabe inkl. der besonderen Leistungen, Umgang mit den Planungsbeteiligten“;
Die Darstellung darf 4 DIN A4-Seiten nicht überschreiten.

Bitte als Anlage D Ihrem Angebot beifügen.

- Konzeption/Darstellung zum Personaleinsatzplan, personelle Besetzung;
Das Personalkonzept darf 6 DIN A4-Seiten nicht überschreiten.

Bitte als Anlage E Ihrem Angebot beifügen.

- Darstellung zur Kostenverfolgung einschließlich des Nachweises bzw. Beschreibung des passwortgeschützten Online-Zugangs zum Buchungssystem des Bieters für den Auftraggeber inkl. Funktionalitäten.

Bitte als Anlage F Ihrem Angebot beifügen.

Angebotsformular

Teil E: Rechtsverbindliche Erklärungen und Unterschrift des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebots an.

Meinem/unserem Angebot liegen die genannten Vergabeunterlagen zugrunde.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten haben,
- dass der/die in den Vergabeunterlagen beigefügten Vertrag/Verträge und die Beschreibung der Leistungen vollständig bei Zuschlagserteilung anerkannt werden,
- dass mein/unser Angebot ohne Preisabsprache zustande gekommen ist,

Mir/uns ist bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe von Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu unserem Ausschluss von der Auftragsvergabe führen kann.

Ort:

Datum:

Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bieter abgibt